



Landtag NRW • Deppe MdL / Müller MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Herrn Minister Ralf Jäger
Haroldstr. 5
40213 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Tel.: (02 11) 8 84 - 23 40 (Deppe)
Fax: (02 11) 8 84 - 32 27
Rainer.Deppe@landtag.nrw.de

Tel.: (02 11) 8 84 - 22 63 (Müller)
Fax: (02 11) 8 84 - 33 68
Holger.Mueller@landtag.nrw.de

Düsseldorf, den 30.03.2015

Nach 23 Prozent Steigerung bei Wohnungseinbruchsdiebstählen – Predictive Policing im Rheinisch-Bergischen Kreis sofort umsetzen

Sehr geehrter Herr Jäger,

zum Jahresbeginn haben wir Sie angeschrieben und gebeten, die Kreispolizeibehörde des Rheinisch-Bergischen Kreises in das Pilotprojekt „predictive policing“ einzubeziehen. In Ihrem Antwortschreiben vom 15.01.2015 haben Sie eine Ausweitung des Pilotgebietes über die Polizeipräsidien Duisburg und Köln hinaus abgelehnt.

Mit der Veröffentlichung Kriminalitätsstatistik am 11. März 2015 hat sich eine neue Lage ergeben, die Ihnen vielleicht noch nicht bekannt war, als sie Ihre ablehnende Antwort formuliert haben.

Entgegen dem Landestrend (minus 3,9 Prozent) stieg der Wohnungseinbruchsdiebstahl im Jahr 2014 im Bereich der Kreispolizeibehörde Rheinisch-Bergischer Kreis um 23 Prozent an. Bereits in den Jahren zuvor waren drastische Anstiege zu verzeichnen. Im Jahr 2009 wurden im Rheinisch-Bergischen Kreis 538 Fälle ermittelt, im vergangenen Jahr waren es bereits 1058 – ein Anstieg innerhalb von fünf Jahren um 97 Prozent (landesweit 18 Prozent). Erstmalig liegt die Häufigkeitszahl bei den Wohnungseinbruchsdiebstählen im Rheinisch-Bergischen Kreis (380) deutlich über dem Landesschnitt (300) und sogar auch über dem des sowieso schon stark belasteten Regierungsbezirks Köln (376). Für einen ländlich geprägten Kreis sind diese Zahlen außergewöhnlich. Die Handlungsnotwendigkeit auf dem Gebiet des Wohnungseinbruchsdiebstahls im Rheinisch-Bergischen Kreis ist vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sicher unbestritten.

In Ihrem Schreiben begründeten Sie Ihre Ablehnung mit einer nicht näher bezifferten Erhöhung des Projektaufwandes. Wir geben zu bedenken, dass jeder zusätzliche Einbruch neben dem Leid für die Betroffenen und der Verunsicherung dessen Umfeldes auch bei der Polizei für einen erheblichen zusätzlichen Bearbeitungsaufwand sorgt, der mit Sicherheit deutlich über dem möglicherweise zusätzlichen Projektaufwand bei der Implementierung in einer weiteren Kreispolizeibehörde liegen wird.

Daher möchten wir Sie noch einmal eindringlich bitten, Ihre damalige ablehnende Entscheidung im Lichte der neuen Erkenntnisse zu überprüfen und den Rheinisch-Bergischen Kreis in das Pilotprojekt einzubeziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Deppe MdL

Holger Müller MdL